

## INHALT

1. Callsen: „Außer Schulden wächst bei Ihnen nichts“
2. Arbeitslosigkeit im Land steigt im Vorjahresvergleich
3. Erste Lesung des Besoldungsdiktats
4. Regierungskoalition verteilt ungedeckte Schecks auf Kosten der Kommunen
5. Beteiligung der Feuerwehren an der Glückspielabgabe
6. Landesregierung will Regionalbeiräte abschaffen

29.05.2013

### **Callsen: „Außer Schulden wächst bei Ihnen nichts“ Debatte über Wachstumsbericht der Landesregierung**

Der Landtag befasste sich heute auf Antrag der FDP-Fraktion mit der Frage, wie und bis wann die Landesregierung die in den vergangenen 25 Jahren entstandene Wachstumslücke zwischen Schleswig-Holstein und den anderen westdeutschen Bundesländern schließen will (Link zum Bericht siehe unten). Hintergrund: In Schleswig-Holstein blieb das Wirtschaftswachstum um etwa zehn Prozent hinter dem Durchschnitt der westdeutschen Bundesländer zurück. 20 Jahre davon war die SPD in der Regierung.

Ministerpräsident Torsten Albig deutete in der Debatte erstmalig eine mögliche Abkehr von der Schuldenbremse an: „«Wir sollten uns auch fragen: Können wir den Bund überzeugen, dass wir zusätzliche gezielte Investitionen in diesem Bereich zeitweise auf unsere Konsolidierungsbemühungen anrechnen?»«, erklärte er im Zusammenhang mit Infrastrukturmaßnahmen.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen stellte klar, dass die Regierung Albig auf dem völlig falschen Kurs ist: Sie erhöhen die Ausgaben des Landes um eine halbe Milliarde Euro. Und dabei senken Sie die Investitionen auf das niedrigste Niveau seit über 40 Jahren ab. Bei SPD, GRÜNEN und SSW wächst außer Schulden nichts, weil Sie das Geld für Ihre Klientelpolitik benötigen“, so Callsen.

Bereits in seinem ersten Amtsjahr habe der Ministerpräsident darüber hinaus zwei Frontalangriffe auf den schleswig-holsteinischen Mittelstand unternommen. „Da ist das Tariftreue- und Vergabegesetz, mit dem Sie nicht nur schleswig-holsteinische Handwerksbetriebe von öffentlichen Aufträgen abhalten, sondern auch gleich die Kommunen in die Mithaftung nehmen. In dieser Plenartagung wird ein weiterer Gesetzentwurf zum Antikorruptionsregister von Ihnen vorgelegt. Mit diesem treiben Sie als Koalition Ihren Kurs der pauschalen Kriminalisierung kleiner und mittelständischer Handwerks- und Baubetriebe weiter auf die Spitze“, so der CDU-Fraktionschef.

Auch die Infrastrukturpolitik sorge für eine Wachstumsbremse, betonte Callsen mit Blick auf A20, A7, Fehmarnbeltquerung und die Mittel für die Straßensanierung, sowie die Verschiebung der flächendeckenden Breitbandversorgung auf das Jahr 2030. Er kritisierte zudem, dass Anspruch und Realität bei der Landesregierung weit auseinanderklafften: „Sie fordern für Investitionen in Hochschulen die Abschaffung des Kooperationsverbotes, um genau dies im Bund komplett zu blockieren. Sie bekennen sich zum Ausbau der Infrastruktur und kürzen die Mittel für den Straßenbau. Welche Wachstumsimpulse die Stadtrationalbahn Kiel für Schleswig-Holstein bringen soll, bleibt schleierhaft. Ihre Ankündigungen sind blumig - die Wirklichkeit Ihrer Politik kostet Wachstum und Arbeitsplätze“, unterstrich Callsen.

Link zum Bericht:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0793.pdf>



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

---

### **Arbeitslosigkeit im Land steigt im Vorjahresvergleich Arbeitsagentur sieht keine konjunkturellen Impulse**

Mitten in die Landtagsdebatte zur Wachstumspolitik fiel die Veröffentlichung der aktuellen Arbeitsmarktdaten. Erstmals in diesem Jahr waren im Mai weniger als 100 000 Menschen in Schleswig-Holstein ohne Job.

Diese Nachricht ist allerdings nur auf den ersten Blick gut. Im Vergleich zum Vorjahresmonat stieg die Arbeitslosigkeit um 2,1 Prozent an. «Leider sehe ich aktuell keine konjunkturellen Impulse, die den Arbeitsmarkt beleben», sagte die Chefin der Regionaldirektion, Margit Haupt-Koopmann. Allein die saisonale Entwicklung sorge für Beschäftigung.» Auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen ist um 14,9 Prozent gesunken.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Hartmut Hamerich, sieht darin erste Auswirkungen der mittelstandsfeindlichen Politik der neuen Landesregierung. „Die Unternehmen stellen sich auf die Folgen der fehlenden Wirtschaftsförderung, des Tarifreuegesetzes und der schlechten Infrastrukturpolitik ein“, so der CDU-Abgeordnete.

Zum Bericht der Agentur für Arbeit:

[http://www.arbeitsagentur.de/nn\\_29290/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/Arbeitsmarktberichte-Schleswig-Holstein.html](http://www.arbeitsagentur.de/nn_29290/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/Arbeitsmarktberichte-Schleswig-Holstein.html)

## Erste Lesung des Besoldungsdiktats Landesbedienstete demonstrieren vor dem Landeshaus



Astrid Damerow, MdL und Katja Rathje-Hoffmann, MdL mit Anke Schwitzer vom DBB SH

Die heutige erste Lesung des Gesetzes zur Besoldungsanpassung der Landesregierung, mit dem diese den Beamten des Landes die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifabschlusses des öffentlichen Dienstes vorenthalten will, warf heute Morgen bereits Schatten voraus. Die Abgeordneten wurden vor dem Landeshaus bereits von Arbeitnehmervertretern erwartet. (Foto oben)

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen ging in der Debatte auf den Vorschlag in der Sache nur kurz ein: „Ihr Vorhaben ist falsch, weil es die Mitarbeiterschaft des öffentlichen Dienstes spaltet, es demotiviert die Landesbediensteten und es verringert die Chancen Schleswig-Holsteins, qualifizierten Nachwuchs zu gewinnen.“ Er warf SPD, Grünen und SSW erneut vor, die Beamten, das Parlament und die Öffentlichkeit im Rahmen der Vorbereitung des Gesetzentwurfes getäuscht zu haben.

„Anders als öffentlich behauptet, stand schon vor dem Tarifabschluss der Angestellten am 9. März fest, dass sie diesen nicht übernehmen wollen. Anders als öffentlich behauptet, waren die von Ihnen vorgegebenen ein Prozent bis 2017 nie als Versprechen einer Untergrenze gedacht, sondern als Obergrenze. Anders als öffentlich behauptet wussten Sie, dass Ihr Versuch eines Besoldungsdiktates verfassungsrechtlich mehr als fragwürdig war“, stellte Callsen mit Blick auf die Ergebnisse der Akteneinsicht von CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch fest.

Angesichts von Ausgabensteigerungen von sieben Prozent in den Jahren 2013 und 2014 könne auch nicht die Rede davon sein, dass im Haushalt kein Spielraum sei. „Wer seine Klientel so pampert wie Sie, der hat für die Besoldung der Landesbediensteten nichts mehr übrig“, so Callsen.

Ministerpräsident Torsten Albig griff heute nicht in die Debatte ein. Selbst auf ausdrückliche Aufforderung der Redner von CDU und FDP nahm er nicht einmal zu Medienberichten Stellung, nach denen Albig Beamtinnen und Beamten, die in ihrer Freizeit gegen das Besoldungsdiktat demonstriert hatten, Illoyalität vorgeworfen hatte. Auch zu den von CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch im Rahmen seiner Akteneinsicht erhobenen Vorwürfe nahm weder die Finanzministerin, noch der Ministerpräsident Stellung.

„Ihren Dialog, Herr Ministerpräsident, führen Sie nur mit Ihnen genehmen ausgesuchten Gesprächspartnern. Wenn klärende Worte nötig sind, taucht Albig ab“, so Callsen.

## **Regierungskoalition verteilt ungedeckte Schecks auf Kosten der Kommunen SPD, Grüne und SSW ändern Kindertagesstättengesetz**

In seiner heutigen (29. Mai 2013) Plenartagung debattierte der Schleswig-Holsteinische Landtag über einen Gesetzentwurf der Regierungsfractionen zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes. Kern des Entwurfs ist die Übernahme der Kita-Gebühren für Empfänger von Arbeitslosengeld II, für die im Landeshaushalt jedoch keine Vorsorge getroffen wurde.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Heike Franzen, erteilte diesem Vorhaben in ihrem Debattenbeitrag eine klare Absage. „Die beschlossene Änderung des Kindertagesstättengesetzes führt zu einer deutlichen Mehrbelastung unserer Kommunen, deren Haushaltssituation bereits jetzt schon angespannt ist“.

Die Landesregierung übertrage mehr und mehr Aufgaben auf die kommunale Familie, mache sich bei der Übernahme der Kosten jedoch einen schlanken Fuß und verteile einfach ungedeckte Schecks. „Die Kommunen vor Ort brauchen Klarheit darüber, ob sie ab dem kommenden Kita-Jahr mit einem entsprechenden Kostenausgleich rechnen können oder nicht. Im aktuellen Landeshaushalt stehen dafür jedoch keine Mittel bereit“, so Franzen.

Durch eine Zusammenführung der bundes- und landesrechtlichen Ermäßigungen könne eine Doppelbelastung der Jugendämter vermieden und gleichzeitig eine landeseinheitliche Regelung für die Sozialstaffel erreicht werden. Diesen notwendigen Schritt sei die Landesregierung nicht bereit zu gehen, obwohl der Landkreistag dafür die Hand ausgestreckt habe.

„Zu diesem Gesetzentwurf gibt es mehr Fragen als Antworten. Er präsentiert eine Rechnung mit vielen Unbekannten. Ihr Dialog endet wie immer mit einem Beschluss, der die Auffassung Ihrer Dialogpartner nicht im Ansatz aufnimmt“, so Franzen abschließend.



Heike Franzen, MdL

---

## **Beteiligung der Feuerwehren an der Glückspielabgabe Ideelle Unterstützung allein reicht nicht**

In der heutigen (29. Mai 2013) Debatte des Schleswig-Holsteinischen Landtags über die geplante Änderung des Glückspielgesetzes hat die innenpolitische Sprecherin der

CDU-Fraktion, Petra Nicolaisen die damit verbundene Beteiligung des Landesfeuerwehrverbandes an der Glückspielabgabe begrüßt.

„Feuerwehr geht uns alle an. Die Wehren sind ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur und des Gemeinwohls in Schleswig-Holstein. Feuerwehrfrauen- und -männer verdienen unsere Anerkennung, aber nur mit ideeller Unterstützung ist es nicht getan“, so Nicolaisen.

Die CDU-Fraktion habe sich von Anfang an dafür stark gemacht, die Mittel aus der Glückspielabgabe auch den Feuerwehren zur Verfügung zu stellen. Es hätte die Möglichkeit bestanden, die Entscheidung über die Beteiligung des Landesfeuerwehrverbandes bereits in der letzten Landtags Sitzung zu treffen. Stattdessen hätten die regierungstragenden Fraktionen auf Zeit gespielt.

„Ich bin jedoch erfreut über den Sinneswandel der Koalition mit Blick auf die Beteiligung des Landesfeuerwehrverbandes an der Glückspielabgabe, auch wenn der Schritt zur Vernunft in der Koalition sicherlich nicht ganz freiwillig war“, so Nicolaisen.

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0500/drucksache-18-0508.pdf>



Petra Nicolaisen, MdL

---

### **Landesregierung will Regionalbeiräte abschaffen Anstatt auf Dialog setzen SPD, GRÜNE und SSW auf Bevormundung**

Mit einem eigenen Antrag hat sich die CDU-Landtagsfraktion gegen Pläne der Landesregierung gewandt, die Regionalbeiräte abzuschaffen und den Regionen auf diesem Wege die Mitsprache bei der Verteilung von EU-Fördermitteln zu entziehen. Vielmehr, forderte Fraktionschef Johannes Callsen, müsse die regionale Kompetenz weiter erhalten und auch genutzt werden.

„Gerade darin liegt der Wert der Regionalbeiräte, in denen die Akteure aus den Regionen zusammenarbeiten. Überall im Land gibt es eine Fülle von Projekten, die seit 2006 unter breiter Beteiligung der Verantwortlichen vor Ort erfolgreich auf den Weg gebracht worden sind“, so Callsen. Als Beispiele aus dem nördlichen Landesteil nannte er stellvertretend die Neuanschaffung von Hafenkränen in Flensburg, das Kongresszentrum in Husum und das Tourismuskonzept Eiderstedt. All dies seien Projekte, die von der Entwicklungsagentur Nord für das Zukunftsprogramm Wirtschaft begleitet wurden.

Mit der Abschaffung der Regionalbeiräte würde die Landesregierung aus dem bestehenden Dialog mit den Regionen austreten, hob Callsen hervor. „Wenn die Landesregierung ernst macht und die Regionalbeiräte mit Beginn der neuen Förderperiode abschafft, haben die Regionen in unserem Land das Nachsehen. Dann werden die europäischen Fördermittel für das „Zukunftsprogramm Wirtschaft künftig ohne regionale Beteiligung allein vom Kieler Kabinetttisch aus verteilt“, warnte Callsen.

---

V.i.S.d.P  
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag  
Dirk Hundertmark, Pressesprecher  
Tel.: 0431/988-1440  
[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)